

TOP 13:

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ("Rechtsakt zur Cybersicherheit")

COM(2017) 477 final; Ratsdok. 12183/17

Drucksache: 680/17 und zu 680/17

Mit dem Verordnungsvorschlag verfolgt die Kommission das Ziel einer Reformierung und Weiterentwicklung der ENISA. Danach soll die Agentur über ein ständiges Mandat verfügen, das der veränderten Wirklichkeit Rechnung tragen und die Agentur befähigen soll, die EU künftig angemessen zu unterstützen. Zudem soll ein EU-Zertifizierungsrahmen für die Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik geschaffen werden.

Der Vorschlag enthält folgende Maßnahmen:

- Ausbau der Kapazitäten und der Abwehrbereitschaft der Mitgliedstaaten und Unternehmen, insbesondere in Bezug auf kritische Infrastrukturen;
- Verbesserung der Zusammenarbeit und der Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU;
- Ausbau der Kapazitäten auf EU-Ebene, um die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu ergänzen, insbesondere im Fall von grenzüberschreitenden Cyberkrisen;
- stärkere Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen für Fragen der Cybersicherheit;
- Verbesserung der Transparenz bei den Angaben zur Vertrauenswürdigkeit der bescheinigten Cybersicherheit von IKT-Produkten und -Diensten;
- Vermeidung eines Nebeneinanders unterschiedlicher Zertifizierungssysteme in der EU sowie der damit verbundenen Anforderungen und Bewertungskriterien in den einzelnen Mitgliedstaaten und Sektoren.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 680/1/17** ersichtlich.

